

SOZIOLOGISCHES INSTITUT DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

Frauen als Stützen linker Parteipolitik

Hans Geser

h@geser.net / www.geser.net

Juli 2005

1	Einleitung.....	1
2	Fragestellung und Untersuchungsanlage	5
3	Empirische Ergebnisse.....	9
3.1	Frauenanteil und ideologische Ausrichtung der Parteien	9
3.2	Frauenanteil und sachpolitische Parteipositionen.....	12
3.3	Der Einfluss der Frauen in den vier Bundesratsparteien	18
4	Schlussfolgerungen	20
	Literatur	22

1 Einleitung

In letzter Zeit mehren sich in zahlreichen westlichen Ländern die empirischen Befunde, dass Frauen häufiger politische Parteien, Kandidaten und Sachpositionen unterstützen, die als "links", "grün" oder "liberalsozial" bezeichnet werden, während in betont rechtstehenden (und insbesondere rechtsextremistischen) Gruppierungen eindeutig die Männer dominieren.¹

Dies zeigt sich erstens auf der Ebene des politischen Wahlverhaltens, wo die geschlechtliche Zusammensetzung der Parteianhängerschaften in stabiler und voraussehbarer Weise divergiert.

So waren es in den USA die Frauen, die Clinton zum Sieg über Dole verholften (Pelletier 1996) und sowohl Gore wie Kerry gegenüber G.W. Bush den Vorzug gegeben haben.

Eine Erstwählerbefragung aus Deutschland hat ergeben, dass junge Männer eher der CDU, FDP oder rechtsradikalen Parteien ihre Stimme geben, während junge Frauen häufiger die SPD, die Grünen auch die PDS unterstützen (Oswald/Kuhn 2003).

¹ Hinsichtlich der Präferenz für ökologische Positionen ist die Evidenzlage allerdings weniger klar. So werden die Grünen Parteien in Deutschland, Grossbritannien oder Belgien vorrangig von den Frauen unterstützt, während sie in den Niederlanden, Luxemburg und Frankreich eine eher männliche Gefolgschaft haben (Falter/Schumann 1992: 213).

In Österreich ist in den Bundeswahlen von 1999 und 2003 deutlich geworden, dass die FPÖ eine eher männliche Wählerklientele mobilisiert, während in der SPÖ und den Grünen die Frauen dominieren (Ogris 2000; Filzmaier 2004). Analoge Divergenzen haben sich z. B. auch bei den Kommunalwahlen der Stadt Salzburg gezeigt:

"In Salzburg wählten Frauen mit einer großen Mehrheit von 57 Prozent eine Koalition links der Mitte, während die Männer Mitte-rechts stimmten (51 Prozent). Sogar Benita Ferrero-Waldner konnte für die ÖVP bei den weiblichen Wählern nicht ausreichend punkten, sondern lediglich einen Gleichstand mit Heinz Fischer (SPÖ) erzielen." (Filzmaier 2004).

Für die Schweiz schliesslich führen die Auswertungen der Nationalratswahlen von 1999 zum Ergebnis, dass neben die SP wie auch die CVP ihren Frauenanteil an der Wählerschaft seit 1979 zunehmend (auf über 50%) gesteigert haben, während die beiden Parteien rechts der Mitte (FDP und SVP) nach wie vor ein mehrheitlich männliches Elektorat rekrutieren (Müller 2000; vgl. Tab. 1).

Trotzdem wäre die Schlussfolgerung unzulässig, dass sich die politischen Gewichte im Schweizerischen Elektorat aufgrund der Einführung des Frauenstimmrechts nach links verschoben hätten, denn das linke (bzw. rot-grüne) Lager umfasst seit den 50er-Jahren praktisch unverändert ca. 30 Prozent (Longchamp 1998). Der Grund dafür besteht möglicherweise darin, dass der Zuwachs an linken Frauen durch das Schrumpfen der männlich geprägten (gewerkschaftlich organisierten) Arbeiterschaft kompensiert worden ist.

Tabelle 1: Entwicklung des Frauenanteils bei der Wählerschaft 1979-1999: nach Parteirichtung

Partei:	1979	1983	1987	1991	1995	1999
SP	40	40	45	48	54	53
CVP	40	46	43	47	53	52
FDP	47	42	43	41	51	48
SVP	42	28	44	47	46	44

Quellen: VOX-Analyse der Wahlen 1979 bis 1991, selects 1995, Bundesamt für Statistik, „SRG SSR Wahlnachbefragung 99, erstellt durch das GfS-Forschungsinstitut“.

Zweitens lässt sich nachweisen, dass sich diese politischen Richtungsunterschiede nicht nur auf die Ebene der Parteipräferenzen, sondern auch auf die Sphäre sachpolitischer Einstellungen erstrecken.

So hat sich in einer 2004 bei 18-35-jährigen Schweizer Stimmbürgern durchgeführten Untersuchung bei Männern eine signifikant deutlichere Rechtsorientierung als bei Frauen gezeigt (Golder et. al. 2004). Ebenso macht die Aufstellung der nationalen Volksabstimmungsergebnisse zwischen 1993 und 2000 (VOX-Analysen) hinreichend deutlich, wie sehr die Frauen in einem weiten Spektrum sozial-, umwelt-, wirtschafts- und familienpolitischer Themen immer wieder den Positionen der Linken ihre Unterstützung geliehen haben (Longchamp/Bieri 2001). Zumindest in drei Fällen (Moratorium für Atomkraftwerke, neues Ehegesetz und Antirassismusetz) ist es ihnen eindeutig gelungen, gegen eine Mehrheit ablehnender Männer die Annahme zu erwirken (Tab. 2).

Tabelle 2: Volksabstimmungen mit den grössten Unterschieden in der Stimmabgabe der teilnehmenden Frauen und Männer (1977-2000)²

Jahr	Thema	Ja Total in %	Ja Frauen in %	Ja Männer in %	Differenz in %Punk- ten.
1978	Herabsetzung AHV-Alter	21	15	29	+ 14
1981	Gleiche Rechte für Mann und Frau	60	67	53	- 14
1985	Ehe- und Erbrecht	55	61	48	- 13
1986	Schwerverkehrsabgabe	34	41	28	- 13
1987	Rothenturm-Initiative	58	66	52	- 14
1989	Tempo 100/130	38	30	43	+ 13
1990	Ausstieg Atomenergie	47	55	40	- 15
1990	Moratorium von Atomkraftwerken	55	62	49	- 13
1992	Gewässerschutz-Initiative	37	46	30	- 16
1992	Weg vom Tierversuch	44	52	38	- 14
1993	Werbeverbot für Tabak	26	36	18	- 18
1993	Werbeverbot für Alkohol	25	34	18	- 16
1994	Getreidepreisreduktion	65	73	58	- 15
1995	Antirassismus-Gesetz	55	64	47	- 17
1997	ALV-Revision	49	39	52	+ 13
1999	Wohneigentum für alle	41	60	45	- 15
2000	Quoteninitiative	18	28	11	- 17

Quelle: VOX-Datenbank

Drittens gibt es Hinweise dafür, dass auch innerhalb der politisch besonders aktiven Bevölkerungssegmente analoge geschlechtsspezifische Divergenzen bestehen, Aufschlussreich sind hier die Ergebnisse der im Rahmen des „Smart-vote“ Projekts durchgeführten Online-Befragungen vom Herbst 2003, in die 1200 Kandidatinnen und Kandidaten für den Kantonsrat der Kantone St. Gallen und Thurgau einbezogen worden sind. Dabei hat sich gezeigt, dass die Frauen in allen Parteien deutlich links von ihren männlichen Parteikollegen politisieren. (Rouiller et al. 2004a; 2004b. Fivaz/Schwarz 2004).

Im Rahmen unserer eigenen Forschung hat sich bereits in der Lokalparteien-Befragung von 1989 nachweisen lassen, dass Frauen bevorzugt linke Parteien aufsuchen, um sich aktiv politisch zu betätigen (vgl. Geser 1991). Dank diesem Zustrom weiblicher Mitglieder ist es den Ortssektionen der SP und der Grünen in den 80er Jahren besser als den bürgerlichen Parteien gelungen, trotz des verbreiteten Exodus der Männer ihre Mitgliederbestände zu stabilisieren.

² Quelle: Longchamp, Claude / Bieri, Urs: Frauen und Männer als Stimmbürgerinnen: Was haben sie entschieden? Überblick über wesentliche Hauptergebnisse aus den VOX-Analysen eidg. Urnengänge (Stand 7.2.2001) <http://www.gfs.ch/gender.html>

Viertens lässt sich in Parlamenten beobachten, dass gewählte Volksvertreterinnen nicht nur sehr häufig linken Parteigruppierungen angehören, sondern auch innerhalb ihrer jeweiligen Gruppierung eine relativ linke Politik betreiben. So hat beispielsweise eine kürzliche Analyse von 120 Namensabstimmungen im Nationalrat gezeigt, dass nur elf von insgesamt 45 Frauen auf der rechten Hälfte des politischen Spektrums angesiedelt sind. Und dass die Frauen praktisch aller Parteien links von ihren männlichen Ratskollegen politisieren (Jeitziner / Hohl 2000).

Interessant ist die Feststellung, dass das heutige Übergewicht linker Parlamentarierinnen in den 70er Jahren noch nicht bestand, sondern sich erst nach 1980 herausgebildet hat: Sie ist einerseits eine Folge davon, dass bei den Sozialdemokraten und den Grünen eine viel systematischere Frauenförderung als bei den bürgerlichen Parteien stattgefunden hat: mit der Konsequenz, dass diese beiden Parteien seit 1983 mehr als die Hälfte aller Nationalrätinnen stellen, obwohl sie nur gut einen Viertel aller Mandate stellen (Seitz 2000). Ein zweiter Grund liegt natürlich darin, die besonders männerdominierte SVP seit 1995 sehr viele zusätzliche Sitze gewann (Seitz 2000).

Bisherige Forschungen haben leider nur wenig konvergente Ergebnisse darüber erbracht, in welchem Umfang es eine - teilweise auch quer zur traditionellen Parteienlandschaft verlaufende - Linkstendenz der Frauen gibt, auf welche Ideologiebereiche und Politikfelder sie sich erstreckt, und welche Gründe für solche Divergenzen zu den Männern massgebend sind.

Am leichtesten lässt sich wohl verstehen, dass Frauen ungeachtet ihre übrigen Gesinnungen gewisse frauenpolitische Anliegen gemeinsam haben, die aus ihrem objektiven Interesse entstehen, berufliche und familiäre Rollen besser als bisher zu kompatibilisieren: die Forderung nach erschwinglichen Krippenplätzen etwa, die quer zur neokonservativen Spar- und Deregulierungspolitik steht, oder der Ruf nach Schulblockzeiten, der mit dem schweizerischen Bildungsföderalismus kollidiert.

Ebenso liegt die Vermutung nahe, dass Frauen allein aufgrund ihrer angestammten weiblichen Identität in einem viel umfassenderen Sinne zur Unterstützung mancher Anliegen neigen, die in einer Zeit, wo die Sozialdemokratie sich auf postmaterialistische Werte und auf die Lebenssituation der neuen Mittelschichten ausrichtet - als "linke Forderungen" gelten. Beispielsweise mögen sie aufgrund ihrer Fokussierung auf zwischenmenschliche Belange eher geneigt sein, sozialen und humanitären gegenüber wirtschaftlichen Belangen den Vorzug zu geben, oder zum Schutz Schwächerer die Autorität des Staates in Anspruch zu nehmen.

In diesem Sinne haben die im Rahmen des Online-Projekts "Smart-vote" durchgeführten Erhebungen (von Kantonsratskandidierenden) ergeben, dass zumindest die Frauen der Mitte-Parteien mit denjenigen linker Parteien in einer Reihe "frauenspezifischer" Linksforderungen konvergieren:

"Die Kandidatinnen von CVP, FDP, SP und der Grünen unterstützen – wenn auch unterschiedlich intensiv – die Forderungen nach staatlich finanzierten Tagesschulen und Kinderkrippen, der Einführung der Mutterschaftsversicherung und der Schaffung von Teilzeitstellen für Frauen beim Staat. Ebenso befürworteten sie die Fristenlösung und sind der Meinung, dass es weitere Massnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau braucht." (Fivaz/Schwarz 2004).

Selbst die SVP-Frauen stimmen zumindest in Fragen der Schwangerschaftsunterbrechung und der Teilzeitstellen den Kolleginnen in allen andern Parteien zu, während sie sich bezüglich Kindertagesstätten aber weit von ihnen distanzieren (Fivaz / Schwarz 2004).

Nicht überraschend ist auch, dass Frauen bürgerlicher Parteien für eine stärkere Kontrolle typisch männlicher Tätigkeitsfelder (Schusswaffengebrauch und Strassenverkehr) eintreten, in denen sie sich in erster Linie als Opfer sehen (Fivaz / Schwarz).

Hingegen erstaunt das Ausmass, in dem die Linksorientierung der Frauen auch Aspekte des Umweltschutzes einbegreift: etwa in dem Sinne, dass sie sich gegen den Abbau des Verbandsbeschwerderechts und gegen den Bau einer zweiten Gott-hardröhre wenden (Fivaz / Schwarz 2004).

Ebenso unterstützen sie in höherem Umfang "liberalsoziale" Anliegen, indem sie im Vergleich zu Männern derselben Partei stärker dafür eintreten, den Gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eheähnlichen Status zuzubilligen und den Ausländern politische Rechte (auf kommunaler Ebene) zu gewähren (Fivaz/Schwarz 2004).

Daraus ergibt sich, dass sowohl am linken wie am rechten Rande des Parteienspektrums zwischen Männern und Frauen relativ Einklang herrscht, während die Mitte-Parteien von sehr ausgeprägten Geschlechterpolarisierungen heimgesucht werden, die wahrscheinlich eine wichtige Ursache für ihre aktuellen Richtungskämpfe und Profilierungsschwierigkeiten bilden (Fivaz/Schwarz 2004).

In verschiedener Hinsicht kann man deshalb heute feststellen, dass auch die den bürgerlichen Parteien angehörenden Frauen heute manche politischen Ziele mittragen, die von den Frauen linken Parteien initiiert worden sind - und damit innerhalb ihrer Parteien mancherlei Spannungen und Verunsicherungen erzeugen.³

So steht die FDP momentan unter dem Druck, dem Wunsch ihrer gut organisierten Frauengruppe nach Blockzeiten, Tageschulen und einer staatlichen Mutterschaftsversicherung Rechnung zu tragen - und dadurch mit einem Selbstbild der "Mittepartei" zu kokettieren, das ihrem angestammten rechtsliberalen Profil widerspricht. Ein analoger Konflikt besteht in der Steuerpolitik, wo die FDP-Frauen im Gleichschritt mit der SP eine völlig zivilstandsunabhängige Form der Familienbesteuerung befürworten, von der sich die Parteimehrheit aufgrund des zu hohen bürokratischen Aufwands distanziert.⁴

2 Fragestellung und Untersuchungsanlage

Im folgenden wird die bisher wenig erforschte Frage gestellt, inwiefern zwischen den ideologischen und sachpolitischen Positionen von Parteiorganisationen und der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft ein Zusammenhang

³ Deshalb ist auch das Ergebnis der oben genannten Studie nicht erstaunlich, dass sich auch innerhalb der SVP- und CVP-Fraktion des Nationalrats die weiblichen Abgeordneten etwas linker als ihre männlichen Kollegen positionieren (Jeitziner/Hohl 2000). (Interessanterweise gilt dies im vorliegenden Falle aber nicht für die FDP, wo sogar eine leicht umgekehrte Tendenz festgestellt werden konnte).

⁴ Vgl. Familienpolitischer Wettlauf der Parteien / Freisinnige Suche nach einer liberalen Route. Neue Zürcher Zeitung 7.7. 2001, S. 16.

besteht, und wie sich solche Zusammenhänge innerhalb der letzten Jahre verändert haben.

Diese generelle Formulierung lässt mit Absicht beide möglichen Kausalrichtungen zu: denn wenn einerseits damit zu rechnen ist, dass Parteien je nach dem Einfluss von Frauen oder Männern in divergierende politische Richtungen gedrängt werden, ist ebenso gut denkbar, dass sich die beiden Geschlechter zu Gruppierungen mit unterschiedlicher Positionierung hingezogen fühlen.

Die empirische Umsetzung dieser Fragestellung wird dadurch kompliziert, dass Parteien eine Mehrebenenstruktur aufweisen, so dass derartige Einflüsse von verschiedenen Kategorien der Mitgliedschaft ausgehen können.

So wäre erstens denkbar, dass der Anteil der Männer und Frauen innerhalb der gesamten Anhängerbasis die entscheidende Variable darstellt, weil die Parteiführung - zumindest unter demokratischen Bedingungen - bestrebt sein wird, sich die Meinungen dieser Basis zu eigen zu machen, um nicht ihren Widerspruch (oder ihr Abwanderung zu anderen Parteien) zu provozieren; das Richtungsprofil einer Partei primär bestimmt, wer sich zu diesem periphersten Kreis der Mitgliedschaft hingezogen fühlt.

Zweitens wäre vorstellbar, dass der Frauen- und Männeranteil im engeren Kreis der Parteiaktiven entscheidend ist,

- a) weil ausschliesslich diese Aktiven die Chance nutzen, auf die politischen Positionen ihrer Partei Einfluss zu nehmen; und/oder
- b) Männer und Frauen sich nur in Parteien, die ihrem eigenen Gesinnungsprofil entsprechen, zu einer aktiven Teilnahme ermuntert fühlen.

Drittens schliesslich ist damit zu rechnen, dass die geschlechtliche Zusammensetzung auf der Ebene der formellen Führungsgremien (d. h. des Parteivorstands) bedeutsam ist,

- a) weil diese Gremien - zumindest unter oligarchischen Verhältnissen - die Parteilinie vorrangig bestimmen
- b) weil Männer und Frauen nur in Gruppierungen, zu denen sie eine besondere Affinität besitzen, zur Kerngruppe vorstossen und sich zur Uebernahme eines formellen Parteiamts bereit finden können.

Natürlich kann auch mit komplementären oder substitutiven Verknüpfungen dieser drei Einflussfaktoren gerechnet werden. Zum Beispiel wäre vorstellbar, dass ein hoher Frauenanteil unter den Aktiven die Voraussetzung ist, damit sich Frauenmehrheit unter der Anhängerbasis in konkrete Parteipolitik umsetzen kann, oder dass ein von Frauen dominierter Parteivorstand selbst einer männerdominierten Anhängerschaft weibliche Anliegen zur Geltung bringen kann.

Zuverlässige Aufschlüsse bietet der Blick auf die Ergebnisse zweier empirischer Untersuchungen, die - in fast identischer Form - im Herbst 1989 und im Winter 2002/03 durchgeführt worden sind. Es handelte sich dabei um schriftliche Befragungen, in die alle Präsidenten und Präsidentinnen der (rund 5000) Ortsparteien in der Schweiz einbezogen worden sind. Die Informanten wurden darin unter anderem aufgefordert, ihre Gemeinde- Kantonal- und Bundespartei auf einer Links-Rechts-Skala zu lokalisieren, über die innerhalb ihrer aktiven Anhängerschaft vorherrschende Position zu verschiedenen sachpolitischen Fragen Auskunft zu geben. Die nach wie vor ungebrochene Aktualität des Links-Rechts-Schemas wird allein schon darin deutlich, dass

sich 1989 wie 2002 nur knapp zwei Prozent der Informanten ausserstade (bzw. nicht willens) zeigten, ihre Partei auf der Zehnerskala zu verorten.

Zur Bestimmung der *Geschlechterverhältnisse* wurden die Informanten zu beiden Untersuchungszeitpunkten (1989 und 2002) nach dem aktuellen Anteil der Frauen auf drei Ebenen ihrer Lokalpartei gefragt:

- a) auf der umfassenden Ebene der *gesamten Parteianhängerschaft*
- b) im engeren Feld der *regelmässig aktiven Parteimitglieder*
- c) innerhalb des *formellen Vorstandsgremiums* der Partei.

Unter „Parteianhängerschaft“ wurde dabei die Gesamtheit aller formellen Mitglieder, Sympathisanten oder Interessenten der Partei verstanden: d.h. all jene Personen, die aufgrund ihres bekundeten Interesses oder Engagements regelmässig zu den verschiedenen Veranstaltungen der Lokalpartei eingeladen werden. Diese breite Definition berücksichtigt, dass zahlreiche für die Partei relevante Personen (z. B. auch kommunale Amtsträger) oft nicht zu den eingetragenen Parteimitgliedern zählen, und dass ca. 30% aller Lokalsektionen (vor allem ältere Sektionen der FDP und der CVP) die Institution der „formellen Mitgliedschaft“ überhaupt nicht kennen.

Und zu den „Parteiaktiven“ wurde der Kreis derjenigen gerechnet, die sich –ebenfalls unabhängig von formeller Mitgliedschaft - in irgendeiner Form aktiv für die Ortspartei einsetzen oder im Prinzip für aktive Mitarbeit zur Verfügung stehen.

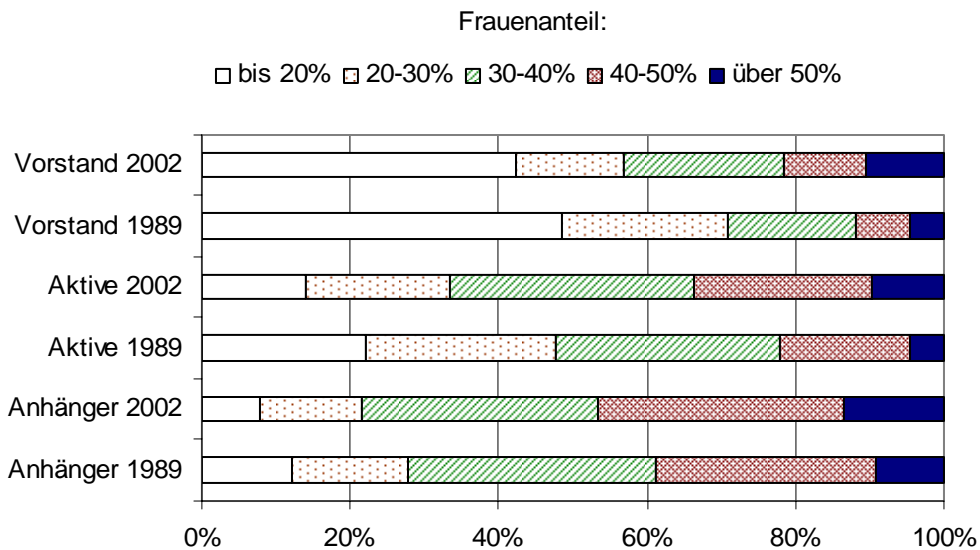
Infolge des informellen Charakters beider Kategorien wurde in Kauf genommen, dass der Schätzung ein Element subjektiver Beurteilung zugrunde liegt: wobei davon ausgegangen wurde, dass der Parteipräsident ihre Zahl relativ zuverlässig einschätzen kann, weil die meisten Gruppierungen angesichts der geringen Grösse der Gemeinden sehr klein sind und (ausser in den grössten Städten) keine interne Subdifferenzierung besitzen.

Unter dem „*Parteivorstand*“ schliesslich wurde das in ca. 95% aller Lokalpartien bestehende statutarische Führungsgremium verstanden, das zwischen den allgemeinen Parteiversammlungen als oberstes Gremium die Leitung der Partei zuständig ist – im Unterschied zur Geschäftsleitung (die nur als ausführender Ausschuss des Vorstandes agiert).

Angesichts der Tatsache, dass den Schweizer Frauen erst 1971 das allgemeine Stimm- und Wahlrecht zugestanden worden ist, erstaunt die Geschwindigkeit. Mit der sie bereits innerhalb der folgenden Jahre in die politischen Parteien vorgedrungen sind.

So lag der Median weiblicher Beteiligung auf der Ebene der Anhänger wie auch der Aktiven bereits zum ersten Untersuchungszeitpunkt (1989) in Parteien aller ideologischen Richtungen bei über 30% (Figur 1). Weitaus niedriger lag er allerdings auf dem Niveau des Parteivorstand, wo fast die Hälfte aller Sektionen damals noch eine rein männliche Zusammensetzung aufrechterhalten haben (Figur 1).

Figur 1: Häufigkeitsverteilung der Lokalsektionen: nach Frauenanteil in der Anhängerschaft, bei den Aktiven und im Parteivorstand (1989 und 2002)



Demgegenüber hat sich innerhalb der 90er-Jahre eine viel bescheidenere, eher als „Konsolidierung“ zu bezeichnende Entwicklung vollzogen: mit dem Ergebnis, dass es heute sehr viel zahlreichere Sektionen gibt, in denen die Frauen mindestens 40% (bzw. gar die absolute Mehrheit) aller Anhänger, Aktiven und Vorstandsmitglieder stellen. Umgekehrt aber hat sich der Prozentanteil der (praktisch) nur von Männern geführten Parteisektionen kaum (d. h. von 49% bloss auf 42%) verringert: so dass von einem eher angewachsenen als verringerten (relativen) Repräsentationsdefizit der Frauen gesprochen werden kann.

Die *politische Orientierung* der Lokalsektionen wurde operational auf einer allgemein-ideologischen Ebene und einer spezifischeren sachpolitischen Ebene bestimmt.

Zur Bestimmung der *ideologischen Ausrichtung* wurden die Parteipräsidenten gebeten, die Position ihrer Lokalsektion

- a) auf einer von 1 bis 10 reichenden Links-Rechts-Skala
- b) auf einer von 1 bis 10 reichenden „Grün“-„Antigrün“-Skala

zu charakterisieren.

Die faktische Relevanz beider Dimensionen in der Schweizerischen Gemeindepolitik wird dadurch bestätigt, dass zu beiden Untersuchungszeitpunkten sich weniger als 10% der Informanten ausserstande gesehen haben, eine derartige Einordnung zu vollziehen.

Die sachpolitischen Orientierungen wurden dadurch bestimmt, dass die Informanten angeben mussten, ob ihre Ortspartei (repräsentiert durch deren aktive Anhänger) verschiedenen politischen Entscheidungsfragen mehrheitlich zustimmend, ablehnend oder mit geteilter Meinung gegenüberstehe.

Im Rahmen der nachfolgenden Analyse wird zwischen zwei Kategorien von Anliegen differenziert, die gemeinhin dem „linken“ politischen Pol zugeordnet werden:

- 1) „konventionelle“ linke Forderungen, die dem traditionellen Fundus „materialistisch-sozialistischer“ Politik zugeordnet werden können (z. B. Forderungen steuer- finanz- und sozialpolitischer Natur);
- 2) „neue“ linke Anliegen, die dem „postmaterialistischen Wertekosmos der seit den 60er-Jahren aufgekommenen „neuen Sozialen Bewegungen“ zuzurechnen sind (z. B. ökologische und sozialliberal-moralische Themen).

Auch hier zeigt sich die subjektive Relevanz der gewählten Fragen darin, dass sich durchwegs über 90% der Informanten bereitgefunden haben, die Positionen ihrer Lokalsektion in dem gewünschten Sinne zu charakterisieren.

3 Empirische Ergebnisse

3.1 Frauenanteil und ideologische Ausrichtung der Parteien

In einem ersten Schritt weisen bivariate Korrelationsanalysen darauf hin, dass Ortsparteien mit hohem Frauenanteil eine tendenziell linkere und ökologischere Orientierung als männerdominierte Gruppierungen aufrechterhalten.

Dabei fällt auf, dass die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Anhängerschaft und der Aktiven innerhalb des Untersuchungszeitraums sehr stark an statistischer Bedeutung gewonnen haben, während diejenige des Parteivorstands umgekehrt in den Hintergrund trat (Tab. 3).

Tabelle 3: Korrelationen zwischen den Frauenanteilen (in der Anhängerschaft, bei den Aktiven und im Parteivorstand) und der Position auf der Links-Rechts-Skala und der Grün-Antigrün-Skala 1989 und 2002 (positiv = links, bzw. grün)

	Links-Rechts-Skala			Grün-Antigrün-Skala		
	Anhänger	Aktive	Vorstand	Anhänger	Aktive	Vorstand
1989	+0.11**	+0.17**	+0.23**	+0.14**	+0.22**	+0.21**
2002	+0.35**	+0.32**	+0.15**	+0.31**	+0.30**	+0.13**

* $p < .05$ ** $p < .01$

Die multivariaten Regressionsanalysen (Tab. 4) verstärken den Eindruck, dass 1989 die Parteiideologie noch weitgehend (in der Links-Rechts Dimension sogar) ausschliesslich, von den Frauen im Vorstand beeinflusst wurde, während heute die von der Parteibasis (insbesondere: der umfassenden Anhängerschaft) ausgehenden Wirkungen dominieren (Tab. 4). Dank ihrer Zunahme hat sich die statistische Erklärungskraft des Gesamtmodells bei beiden Ideologievariablen um mehr als das Doppelte erhöht.

Tabelle 4: Statistische Erklärungsbeiträge verschiedener Frauenanteile für die Position der Lokalparteien auf der Links-Rechts und der Grün-Antigrün-Skala 1989 und 2002 (lineare Regressionsgleichungen; BETA-Koeffizienten).

Frauenanteil:	Links-Rechts-Skala		Grün-Antigrün-Skala	
	1989	2002	1989	2002
in der Anhängerschaft	.03	.27***	.04	.22***
bei den Aktiven	.06*	.15***	.13***	.16***
im Parteivorstand	.21**	.03	.14***	.02
Erklärte Varianz (R ²).	.060	.147	.060	.125

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

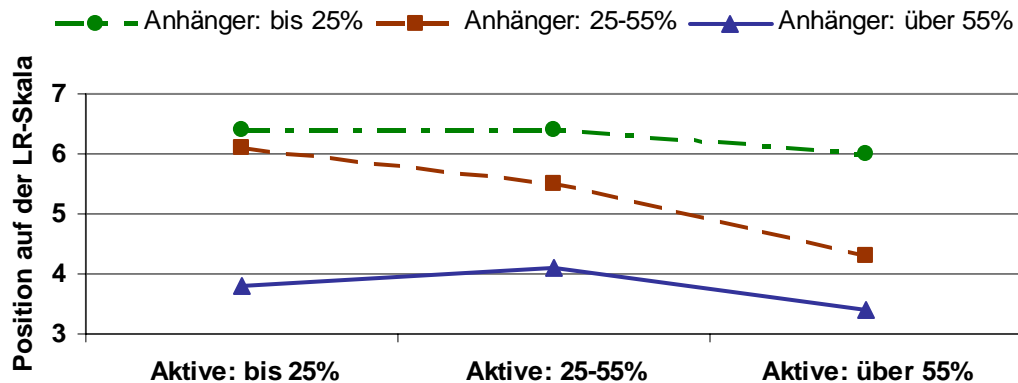
So ergibt sich der doppelte Schluss, dass seit Ende der 80er Jahre

- 1) geschlechtsspezifische Determinanten der Parteiideologie stärker geworden sind;
- 2) die Lokalparteien möglicherweise in dem Sinne „demokratischer“ geworden sind, als die von der Führungsebene ausgeübten Wirkungen abgenommen, die von der Parteibasis ausgehenden Einflüsse hingegen sehr stark zugenommen haben.

Allerdings stellt sich das Problem, dass ein Erklärungsmodell, das nur die partiellen Einzeleffekte der drei Variablen berücksichtigt, den zu vermutenden interaktiven Wirkungen, die zwischen ihnen bestehen könnten, nicht Rechnung zu tragen vermag. So wäre beispielsweise (im Licht eines eher oligarchischen Parteimodells) denkbar, dass Parteien mit starker weiblicher Anhängerschaft nur dann nach links driften, wenn auch zahlreiche Frauen aktiv sind, um deren Forderungen in die Politik der Partei einzubringen; oder umgekehrt (im Sinne eines demokratischen Modells): dass selbst beachtliche Gruppen aktiver Frauen in Gruppierungen mit männerdominierter Basis wenig Entfaltungsraum besitzen.

Die Ergebnisse in Figur 2 legen den Schluss nahe, dass primär eher das *demokratische* Parteimodell gilt: denn ein hoher Frauenanteil in der Anhängerschaft ist eine hinreichende Voraussetzung dafür, dass Lokalparteien (unabhängig von der Zusammensetzung der Aktiven) auf einer linken Position verharren, und genauso wird bei männerdominierter Basis unabhängig von den Parteiaktiven an einer sehr viel rechteren Position festgehalten.

Figur 2: Durchschnittliche Position der Lokalparteien auf der Links-Rechts-Skala: nach Anteil der Frauen unter der Anhängerschaft und den Aktiven



Nur bei stark gemischter Parteibasis hingegen wird die Parteiideologie sehr stark von der Zusammensetzung der Parteiaktiven bestimmt: d.h. nur bei relativer Gleichverteilung der Gewichte innerhalb der Parteibasis hängt es von den aktiveren Eliten ab, welche von ihnen in der ideologischen Parteilinie zum Durchbruch gelangen. Diese Befunde bieten eine hinreichende Rechtfertigung dafür, um in den folgenden Analysen vor allem auf den Anteil der Frauen auf der basalsten Parteiebene: der Anhängerschaft, zu fokussieren.

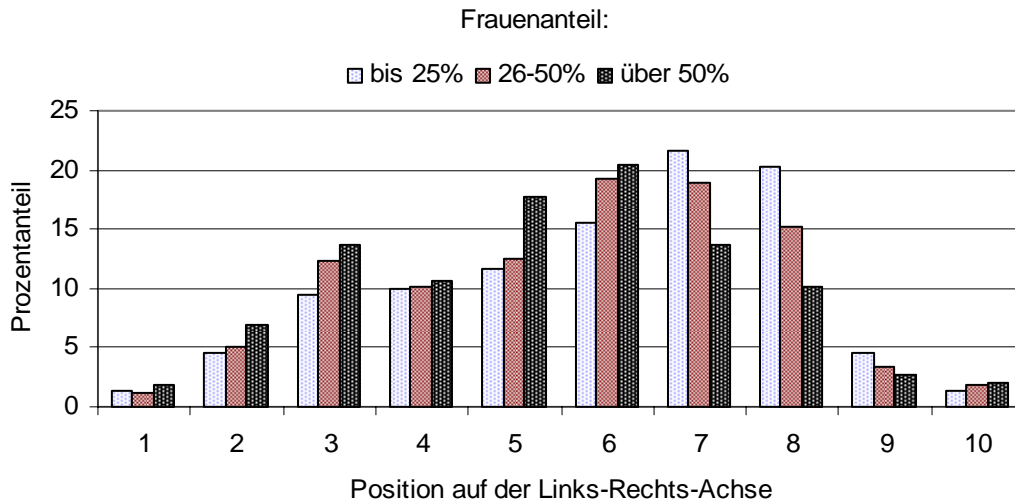
So wird aus den Häufigkeitsverteilungen in den Figuren 3 und 4 ersichtlich, welche dramatische Prozesse geschlechtsspezifischer Segregation sich innerhalb der vergangenen Jahre in der Schweizerischen Parteienlandschaft vollzogen haben.

Zwar lässt sich bereits 1989 ein deutlicher Links-Rechts-Unterschied zwischen frauen- und männerdominierten Parteisektionen erkennen, aber alle Sektionstypen liegen in ihren Modalwerten noch nahe zusammen und sind im Sinne einer Normalverteilung über das Links-Rechts-Spektrum hin verstreut (Figur 3).

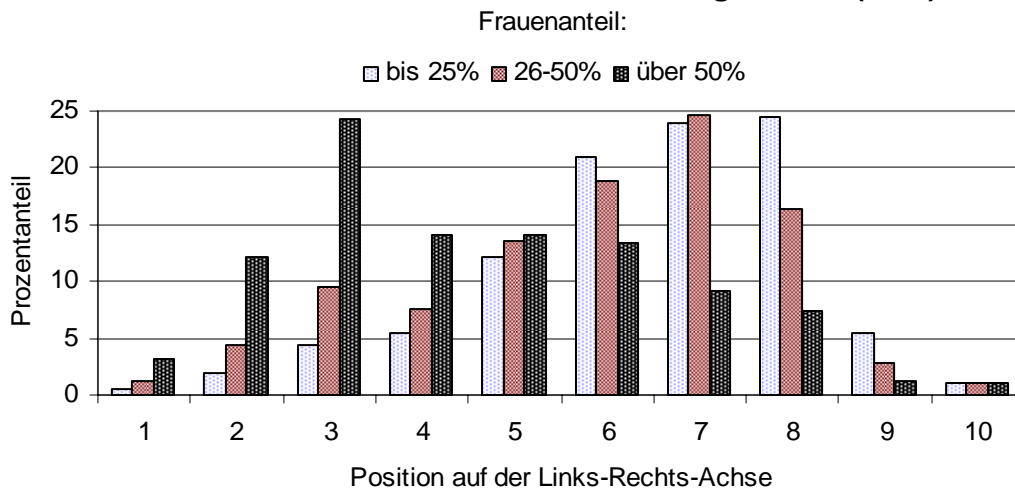
Demgegenüber wiesen die weiblich geprägten Sektionen von 2002 eine ausgeprägt linksschiefe Verteilung auf; ihr Modalwert hat sich auf den Wert drei hin verschoben, während Skalenpositionen über vier erheblich seltener vorkommen. Umgekehrt hat sich bei den männerdominierten Gruppierungen die rechtsschiefe Skalenverteilung verschärft: indem fast sie sich fast zur Hälfte auf den Modalwerten 7 und 8 konzentrieren, und nur noch zu kleinen Bruchteilen auf Positionen unter vier (Figur 4).

So entsteht der Eindruck, dass das oben berichtete Anwachsen der Korrelationskoeffizienten auf zwei entgegengesetzten und einander kumulativ überlagernden Entwicklungen beruht: wobei die Linksverschiebung bei den Frauen allerdings im Vergleich zur Rechtsdrift der Männer allerdings etwas dramatischere Ausmasse besitzt.

**Figur 3: Verteilung der Lokalparteien auf der Links-Rechts-Achse:
nach Anteil der Frauen in der Parteianhängerschaft (1989)**



**Figur 4: Verteilung der Lokalparteien auf der Links-Rechts-Achse:
nach Anteil der Frauen in der Parteianhängerschaft (2002)**



3.2 Frauenanteil und sachpolitische Parteipositionen

Auf der konkreteren sachpolitischen Ebene stellt sich die Frage, auf welchen Kreis von politischen Positionen sich die von den Frauen ausgehende Linksorientierung erstreckt.

Plausibel erscheint die Hypothese, dass die klassisch-sozialistischen Anliegen linker Politik relativ wenig davon betroffen sind, da sie im männlich dominierten Klassenkampf der Arbeiterbewegung ihren Ursprung haben und auch heute noch vor allem von den Gewerkschaften getragen werden, die selbst in einer stark feminisierten Arbeitswelt noch vorwiegend Männer rekrutieren.

Sehr viel deutlicher dürften sich geschlechtsspezifische Divergenzen in manchen postmaterialistischen Fragen bemerkbar machen: vor allem natürlich im engeren Bereichen der Frauen- und Familienpolitik, aber auch in moralischen Fragen (z. B. der Asylpolitik) sowie bei umweltpolitischen Anliegen, wo sich die Frauen - wie die obige Liste der Abstimmungsergebnisse (Tab. 2) zeigt - gegenüber der wirtschaftlichen Interessenlogik der Männer durch "fürsorglichere" Wertorientierungen profilieren.

Denkbar wäre auch, dass derart "weibliche" Denkweisen zumindest teilweise gar nicht über die ideologische Ebene des Links-Rechts-Schemas vermittelt werden, sondern sich unabhängig vom ideologischen Standort einer Partei bemerkbar machen (und dementsprechend auch in zentristischen oder gar rechtsstehenden Partei-gruppierungen zu einer gewissen Geltung gelangen).

Zur Isolation dieses "nichtideologischen" Erklärungsanteils sind in der Tabelle 5 zusätzlich auch die partiellen Korrelationen berechnet worden, die noch übrigbleiben, wenn man die Position auf der Links-Rechts-Achse statistisch kontrolliert.

Die in Tabelle 5 zusammengefassten Ergebnisse weisen nun aber im Widerspruch zu unseren theoretischen Antizipationen darauf hin, dass sich der Linkstrend der Frauen ziemlich gleichmässig auf alle in der Studie erfassten politischen Sachbereiche erstreckt: auf Positionen klassisch-sozialistischer Ordnungs-, Arbeitnehmer- Finanz- und Sozialpolitik ebenso wie auf postmaterialistische Issues jüngeren Datums, die sich wiederum über ein breites Spektrum nicht intrinsisch zusammenhängender Problemfelder (von der Kernenergie bis zur Flüchtlingspolitik) erstrecken. (Dementsprechend entstehen praktisch dieselben Korrelationskoeffizienten, wenn man die beiden Summenindices der konventionellen und der neuen linken -Anliegen mit den Frauenanteilen korreliert).

Erstaunlicherweise sticht die Gleichstellungspolitik keineswegs besonders heraus; vielmehr hat sich hier seit längerem ein derart breiter gesellschaftlicher Konsens herausgebildet, dass geschlechtsspezifische Einflüsse stärker als in den meisten anderen Fragebereichen in den Hintergrund treten.

Und *drittens* schliesslich fällt auf, dass sowohl im Falle der Anhängerschaft wie der Aktiven praktisch überall signifikante positive Korrelationen erhalten bleiben, wenn man die Position auf der Links-Rechts-Skala statistisch kontrolliert. Auch hier sind keinerlei Unterschiede zwischen konventionellen und neuen Themen zu erkennen. Zumindest in einem bescheidenen Umfang scheint also von den Frauen ein rein an sachpolitischen Themen festgemachter "progressiver" Einfluss auszugehen, der Parteien ungeachtet ihrer ideologischen Position dazu nötigt, politischen Anliegen linker Prägung eine etwas grössere Unterstützung zu leihen.

Tabelle 5: Korrelationen zwischen den Frauenanteilen (in der Anhängerschaft, bei den Aktiven und im Parteivorstand) und dem Zustimmungswert zu 14 linken Anliegen (bivariate Korrelation und partielle Korrelation bei Kontrolle der Position auf der Links-Rechts-Skala).

		1989			2002		
		Anhäng.	Aktive	Vorstand	Anhäng.	Aktive	Vorstand
Konventionell-sozialistische linke Anliegen:							
Förderung des Finanzplatzes Schweiz (neg.)	biv.	.13**	.19**	.20**	.30**	.28**	.12**
	part.	.04	.04	.08**	.11**	.08**	.07**
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer	biv.	.14**	.15**	.18**	.26**	.20**	.09**
	part.	.07**	.04	.07*	.12**	.08**	.02
Geringere Steuern (neg.)	biv.	.08**	.15**	.11**	.27**	.27**	.17**
	part.	.02	.05*	.04	.05	.07**	.08**
Mehr Mieterschutz	biv.	.15**	.19**	.19**	.27**	.21**	.08**
	part.	.10**	.09**	.07**	.06*	.03	.00
Weniger staatliche Regulierung (neg.)	biv.	.10**	.15**	.13**	.27**	.23**	.13**
	part.	.05	.06*	.04	.09**	.07**	.05*
Mehr öffentliche Kulturausgaben	biv.	.12**	.14**	.13**	.29**	.24**	.12**
	part.	.08**	.06*	.06*	.15**	.10**	.07*
Mehr öffentliche Sozialausgaben	biv.	.15**	.16**	.16**	.35**	.27**	.12**
	part.	.10**	.06*	.05	.17**	.13**	.02
Neue, sozialliberale und ökologische linke Anliegen							
Gleichstellung der Geschlechter	biv.	.09**	.11**	.14**	.19**	.18**	.08**
	part.	.04	.04	.09**	.10**	.08**	.05*
Umweltverträglichkeit staatl. Entscheidungen	biv.	.07**	.12**	.13**	.23**	.20**	.09**
	part.	.02	.05*	.09**	.09**	.05	.02
Ausstieg aus der Kernenergie	biv.	.12**	.19**	.22**	.29**	.27**	.13**
	part.	.07*	.09**	.13**	.10**	.13**	.06*
Mehr Landschaftsschutz	biv.	.09**	.11**	.11**	.21**	.17**	.07**
	part.	.05*	.02	.01	.09**	.06*	.03
Mehr Verkehrsberuhigung	biv.	.10**	.13**	.13**	.28**	.20**	.11**
	part.	.06*	.06*	.04	.12***	.05	.02
Mehr öffentlicher Verkehr	biv.	.09**	.11**	.10**	.21**	.17**	.07**
	part.	.04	.05	.01	.06*	.04	.00
Mehr Unterstützung für Flüchtlinge	biv.	.13**	.23**	.25**	.36**	.33**	.16**
	part.	.05*	.14**	.17**	.18**	.20**	.08**
Alle sieben "konventionellen" linken Anliegen	biv.	.19**	.24**	.24**	.37**	.33**	.16**
	part.	.12**	.11**	.09**	.19**	.15**	.07**
Alle sieben "neuen" linken Anliegen	biv.	.16**	.24**	.28**	.38**	.33**	.16**
	Part.	.09**	.13**	.14**	.20**	.17**	.06*

* $p < .05$ ** $p < .01$

Dementsprechend werden die sachpolitischen Positionen der Parteien zu einem höheren Prozentanteil als ihre ideologischen Skalenpositionen (vgl. Tab. 3) durch den summativen Einfluss der verschiedenen Frauenanteile erklärt (Tab. 6 und Tab. 7).

Tabelle 6: Statistische Erklärungsbeiträge verschiedener Frauenanteile für den Zustimmungsgrad der Lokalparteien zu sieben "konventionellen" linken Anliegen 1989 und 2002 (lineare Regressionsgleichungen; BETA-Koeffizienten).

Frauenanteil:	1989		2002	
	Modell I	Modell II	Modell I	Modell II
in der Anhängerschaft	.09**	.06*	.28***	.10***
bei den Aktiven	.09*	.03	.17***	.04*
im Parteivorstand	.18**	.04	.03	.00
Position auf LR-Skala	--	.71***	--	.75***
Erklärte Varianz (R2).	.082	.541	.169	.656

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

Tabelle 7: Statistische Erklärungsbeiträge verschiedener Frauenanteile für den Zustimmungsgrad der Lokalparteien zu sieben "neuen" linken Anliegen 1989 und 2002 (lineare Regressionsgleichungen; BETA-Koeffizienten).

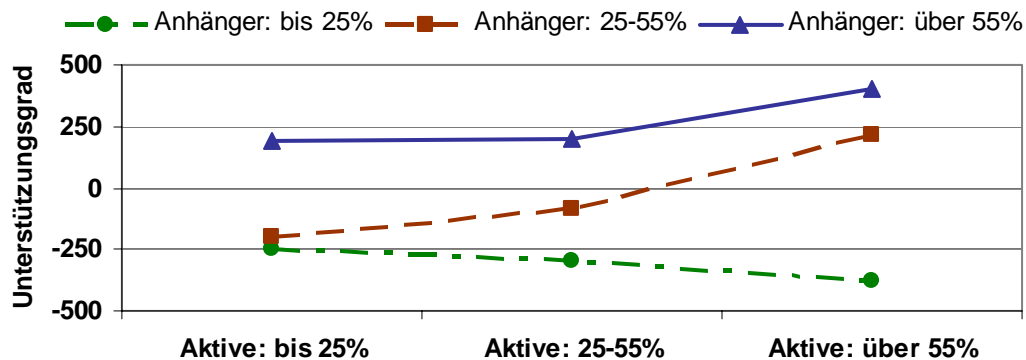
Frauenanteil:	1989		2002	
	Modell I	Modell II	Modell I	Modell II
in der Anhängerschaft	.04	.03	.29***	.12***
bei den Aktiven	.10**	.06*	.17***	.06**
im Parteivorstand	.21***	.08**	.02	.00
Position auf LR-Skala	--	.60***	--	.63**
Erklärte Varianz (R2).	.086	.418	.174	.510

* $p < .05$ ** $p < .01$ *** $p < .001$

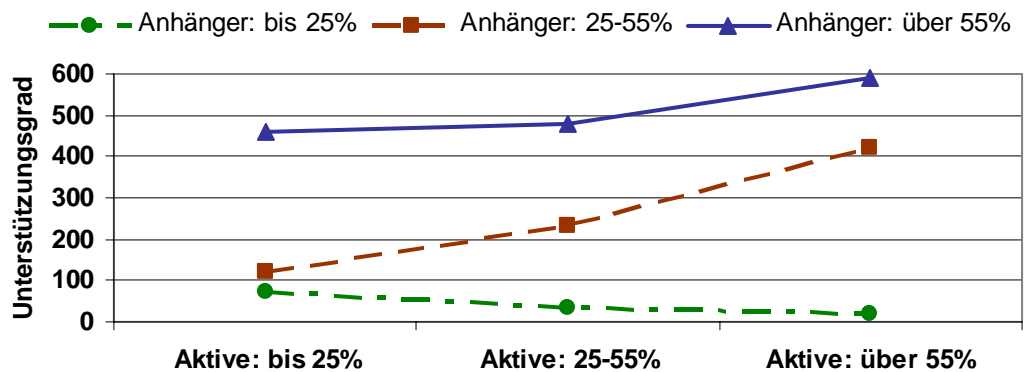
Nicht überraschen kann das Ergebnis, dass bei den konventionellen sozialistischen Anliegen der von der Links-Rechts-Position einer Partei ausgehende Einfluss (mit einem BETA-Wert von .71 bzw. .75) bei weitem überwiegt (Tab. 6), während bei den "neuen" postmaterialistischen Anliegen den nicht ideologisch vermittelten Fraueneinflüssen ein relativ stärkeres Gewicht zukommt (Tab. 7).

Multivariate Analysen führen ebenso wie bei der Links-Rechts-Einstufung zum Ergebnis, dass primär die Zusammensetzung der Anhängerschaft, nicht diejenige der Parteiaktiven, für die politischen Positionen der Partei den Ausschlag gibt. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn die beiden Geschlechter in der Anhängerschaft relativ gleichgewichtig vertreten sind: so dass es auf die Aktivist:innen ankommt, welche Segmente ihre Positionen auf Parteiebene vorrangig zur Geltung bringen können (Fig. 5 und Fig. 6).

Figur 5: Durchschnittlicher Unterstützungsgrad der Lokalparteien für sieben konventionelle linke Anliegen: nach Anteil der Frauen unter der Anhängerschaft und den Aktiven



Figur 6: Durchschnittlicher Unterstützungsgrad der Lokalparteien für sieben "neue" linke Anliegen: nach Anteil der Frauen unter der Anhängerschaft und den Aktiven



Die partiellen Restkorrelationen der Tabelle 5 implizieren, dass es Parteien geben muss, die je nach ihrem Frauen oder Männeranteil eine linkere (bzw. konservativere) Politik verfolgen, als sie ihrer Verortung auf der Links-Rechts-Skala eigentlich entspricht. Es stellt sich die Frage, ob sich diese zusätzlichen Einflüsse gleichmässig auf Parteien aller ideologischer Ausrichtungen verteilen, oder vielleicht in einem Teilbereich des Links-Rechts-Spektrums verdichten.

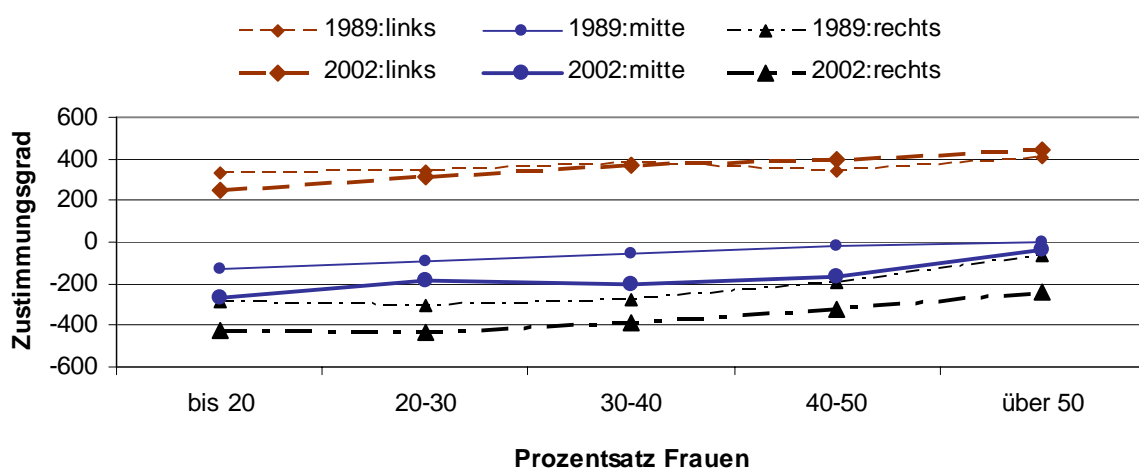
Zu ihrer Beantwortung wird im folgenden dargestellt, wie sich die sachpolitischen Fraueneinflüsse bei

- linken Parteien (mit Skalenwerten zwischen 1 und 4)
- zentristischen Parteien (Skalenwerte 5 und 6)
- rechtsstehenden Parteien (Skalenwerte 7-10)

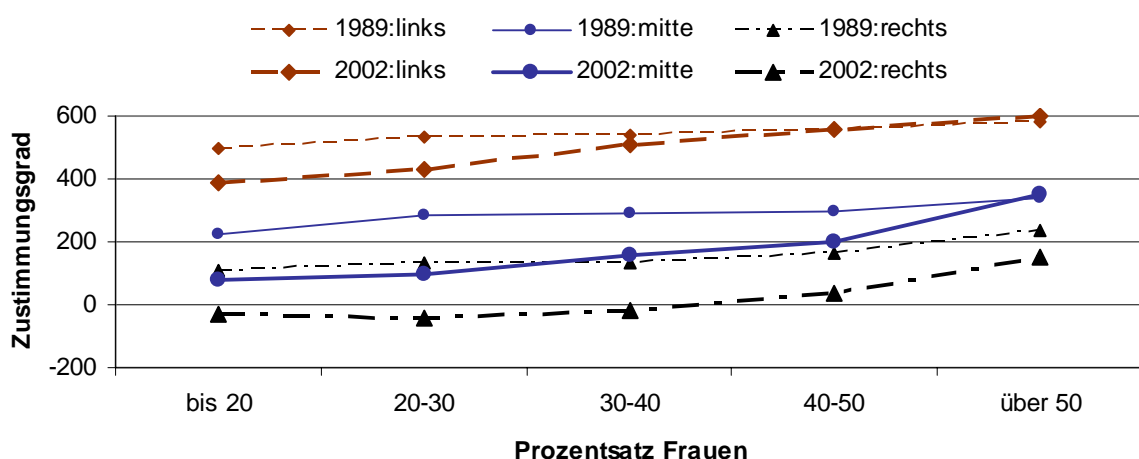
voneinander unterscheiden.

Aus den graphischen Darstellungen (Fig. 7 und Fig. 8) wird ersichtlich, dass der Zustimmungsgrad zu linken Anliegen sowohl bei linken wie bei zentristischen und rechten Parteien positiv mit dem Frauenanteil unter ihren Anhängern korreliert. Vor allem bei den "neuen" Anliegen hat sich diese Kovarianz seit Ende der 80er Jahre überall noch bedeutend verstärkt. Der Grund dafür liegt darin, dass männerdominierte Parteien jeglicher ideologischer Richtung einen sehr ausgeprägten Kurswechsel in konservative Richtung vollzogen haben, der bei hohem Anteil der Frauen nur abgeschwächt in Erscheinung tritt (und sowohl bei den Links- wie bei den Mittelparteien, bei denen die Frauen die absolute Mehrheit stellen, sogar vollständig verschwindet).

Figur 7: Zustimmungsgrad zu sieben "konventionellen" linken Anliegen in den lokalen Parteisektionen 1989 und 2002: nach ideologischer Orientierung und Prozentanteil der Frauen in der Anhängerschaft



Figur 8: Zustimmungsgrad zu sieben "modernen" linken Anliegen in den lokalen Parteisektionen 1989 und 2002: nach ideologischer Orientierung und Prozentanteil der Frauen in der Anhängerschaft



Bei den rechtsstehenden Parteien bleibt dieser stabilisierende Fraueneinfluss allerdings auf neue (d. h. ökologische und sozialliberale) Themen beschränkt, während ihre konservative Wendung bei konventionellen Fragen keine geschlechtsspezifische Prägung zeigt.

So entsteht der Eindruck, dass die parteipolitisch engagierten Schweizer Männer in den letzten Jahren über das ganze politische Spektrum hinweg eine ausgeprägte konservative Wendung vollzogen haben, die von den Frauen dank ihrer wachsenden gegenläufigen Präferenz für progressive Positionen zumindest partiell abgefedert wurde.

3.3 Der Einfluss der Frauen in den vier Bundesratsparteien

Der politische Einfluss der Frauen vollzieht sich zum grösseren Teil dadurch, dass sie sich bevorzugt in Parteien links der Mitte (z. B. die SP und die Grünen) engagieren und am wenigsten in den Sektionen der SVP. In zweiter Linie aber besteht er darin, dass die Frauen sich innerhalb der jeweiligen Parteien bevorzugt den relativ linksstehenden Sektionen zuwenden, bzw. dazu beitragen, dass die Sektionen, in denen sie tätig sind, sich gegenüber linken Anliegen offener als männerdominierte Gruppierungen verhalten.

Wie aus Tabelle 8 hervorgeht, gilt dies besonders ausgeprägt für die Lokalsektionen der FDP, wo der Frauenanteil sowohl mit der ideologischen Verortung wie auch mit den beiden sachpolitischen Ausrichtungen signifikant positiv korreliert. Im Gegensatz zu allen bisher berichteten Befunden handelt es sich dabei um eine bereits Ende der 80er Jahre ausgebildete Regularität, die sich seither ungefähr auf demselben Niveau erhielt.

Tendenziell sind aber auch alle anderen Bundesratsparteien von diesem Einfluss betroffen, auch wenn die Zusammenhänge nur in der SP (und dort nur für die neuen Anliegen) das Signifikanzniveau überschreiten.

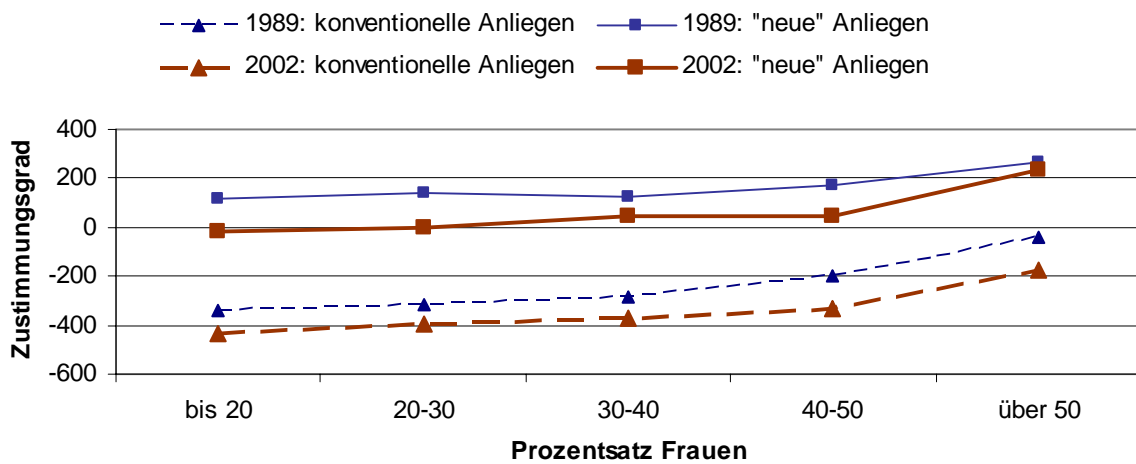
Tabelle 8: Korrelationen zwischen dem Frauenanteil an der Parteianhängerschaft und der Linksorientierung der Lokalsektionen 1989 und 2002: nach Parteien

Partei	Links-Rechts Skala	1989			2002		
		konvent. linke Anliegen	"neue" linke Anliegen	Links-Rechts Skala	konvent. linke Anliegen	"neue" linke Anliegen	
FDP	.18**	.31**	.13**	.12**	.23**	.17**	
CVP	-.04	.09	-.04	.07	.10	.10	
SVP	.06	.05	.05	.05	.13	.11	
SP	.08	.09	.15**	.08	.08	.17**	

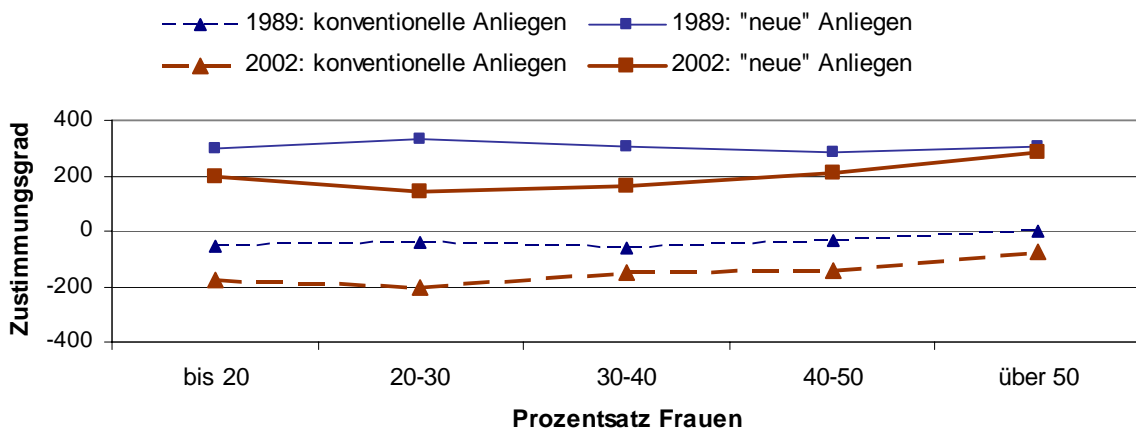
Aus Figur 9 geht hervor, dass die positiven Korrelationen bei der FDP vor allem durch die Sektionen mit absoluter Frauenmehrheit (über 50%) verursacht wird, in denen der Zustimmungsggrad sprunghaft auf ein Niveau ansteigt, das den männerdominierten Gruppierungen der CVP entspricht.

In allen anderen Parteien sind kontinuierlichere Aufwärtskurven festzustellen, die sich zwischen dem ersten und dem zweiten Untersuchungszeitpunkt überall etwas an Prägnanz gewonnen haben. Interessanterweise sind es überall die konventionellen linken Anliegen, in denen männer- und frauendominierte Sektionen heute stärker als Ende der 80er Jahre voneinander divergieren.

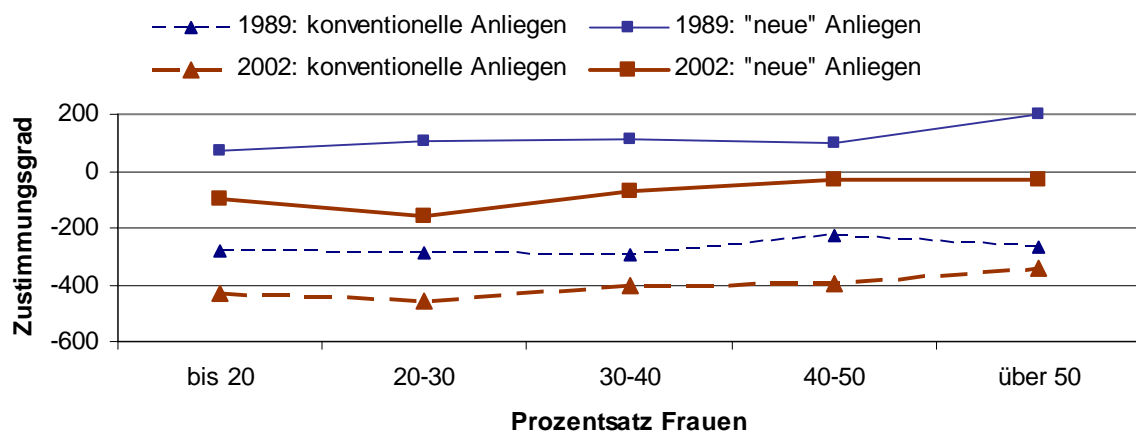
Figur 9: Freisinnig-demokratische Partei (FDP): Zustimmungsgrad zu sieben "konventionellen" und zu sieben "neuen" linken Anliegen in den lokalen Parteisektionen 1989 und 2002: nach Prozentanteil der Frauen in der Anhängerschaft



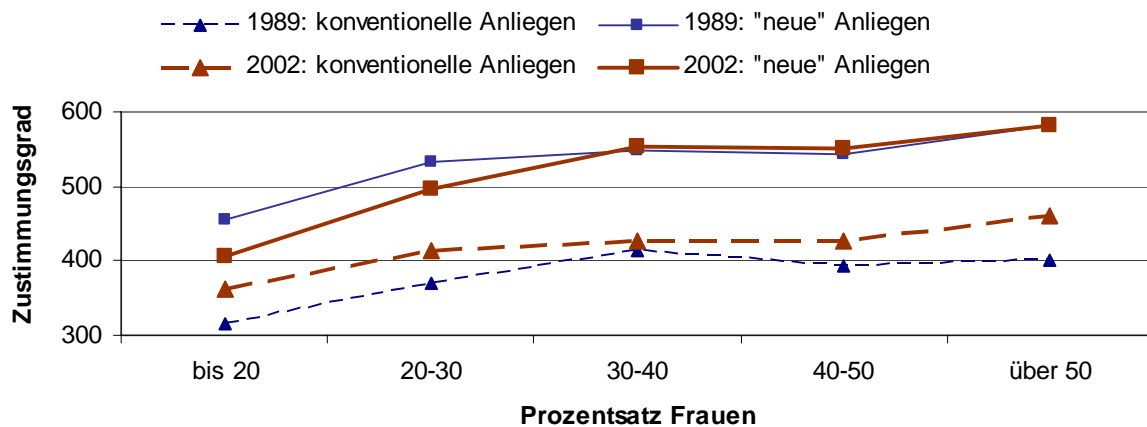
Figur 10: Christlich-demokratische Partei (CVP): Zustimmungsgrad zu sieben "konventionellen" und zu sieben "neuen" linken Anliegen in den lokalen Parteisektionen 1989 und 2002: nach Prozentanteil der Frauen in der Anhängerschaft



Figur 11: Schweizerische Partei (SVP): Zustimmungsgrad zu sieben "konventionellen" und zu sieben "neuen" linken Anliegen in den lokalen Parteisektionen 1989 und 2002: nach Prozentanteil der Frauen in der Anhängerschaft



Figur 12: Sozialdemokratische Partei (SP): Zustimmungsgrad zu sieben "konventionellen" und zu sieben "neuen" linken Anliegen in den lokalen Parteisektionen 1989 und 2002: nach Prozentanteil der Frauen in der Anhängerschaft



4 Schlussfolgerungen

In allgemeiner und unverfänglichster Formulierung zwingen die Ergebnisse zur Schlussfolgerung, dass lokale Parteisektionen mit hohem Frauenanteil sowohl auf allgemein-ideologischer Ebene wie auch auf dem Niveau spezifischer sachpolitischer Fragen linkere Positionen als männerdominierte Gruppierungen vertreten, und dass dieser rein statistische Zusammenhang zwischen 1989 und 2002 eine erhebliche Verstärkung erfuhr. Bei genauerem Blick zeigt sich, dass in erster Linie die Geschlechterverhältnisse innerhalb der breiten Anhängerbasis (und in zweiter Linie innerhalb der Parteiführer) dafür den Ausschlag geben, während die Frauenquoten in den formellen Führungsgremien zwar 1989 noch relevant waren, heute aber kaum mehr von Bedeutung sind. Unter der Voraussetzung, dass der Frauenanteil die Ursache für die Linksorientierung bildet, liesse sich diese Gewichtsverschiebung als Hinweis auf einen inneren Demokratisierungsprozess der Parteien deuten: d. h. auf eine Entwicklung, in deren Verlauf die Führung zugunsten der Basis an Einfluss über den politischen Kurs der Parteigruppierung verlor. Bei einer Analyse der Anhängerschaftsverschiebungen wird deutlich, dass die wachsende Geschlechterdivergenz zwar zum grösseren Teil durch eine verstärkte Präsenz der Frauen in linken, in nicht geringem Umfang aber auch durch eine erhöhte Konzentration der Männer in rechtsstehenden Gruppierungen verursacht wurde. Wenn man hinzunimmt, dass sich die Frauenanteile im Untersuchungszeitraum überall erhöht haben folgt daraus, dass die Schweizer Frauen in erheblichem Masse dem von der Seite der Männer ausgehenden Rechtstrend der Politik gegengesteuert haben. Höchst bedeutungsvoll ist die Beobachtung, dass sich die sachpolitische Linksaffinität der Frauen sich keineswegs auf einen engeren Kreis "typisch weiblicher" (z. B. frauenpolitischer oder ökologischer Issues) beschränkt, sondern sich über die ganze Spannweite linker Ideologie und Programmatik erstreckt und insbesondere auch Aspekte der Arbeitnehmer- und Sozialpolitik mitumfasst, die eindeutig dem Kanon "klassisch-sozialistischer" Interessenpolitik zuzuordnen sind. Allerdings fällt auf, dass Frauen all diese sachpolitischen Anliegen teilweise auch unabhängig vom Denken in ideologischen Links-Rechts-Kategorien zu unterstützen pflegen: mit der Folge, dass auch alle bürgerlichen Mitte- und Rechtsparteien

(insbesondere die FDP) eine etwas "linkere" Sachpolitik betreiben, wenn sie über einen umfangreichen Frauenanteil in ihrer Anhängerschaft verfügen. Analog dazu sind aber auch frauendominierte Sektionen der SP in ihrer Sachpolitik "fundamentalistischer" als jene (immer selteneren) Sektionen, in denen noch mehrheitlich Männer die Parteilinie bestimmen. So haben die Frauen die politische Parteienpolarisierung einerseits abgeschwächt, indem sie den Rechtsdrall der bürgerlichen Parteien abgemindert haben, andererseits aber auch verstärkt, insofern sie innerhalb der Sozialdemokratie eine kompromisslosere Linkspolitik unterstützen. Genaugenommen sind solche Formulierungen allerdings insofern spekulativ, als die Kausalitätsrichtung der gefundenen Kovarianzen aus den verfügbaren Daten allein nicht hinreichend erkenntlich wird. So muss der "Determinationshypothese", gemäss der die Frauen auf den Parteipolitischen Kurs Einfluss nehmen, immer die "Selektionshypothese" gegenübergestellt werden, die davon ausgeht, dass sich Frauen bevorzugt in Parteien mit den ihnen entsprechenden politischen Einstellungen engagieren. Zur Klärung dieser Frage wären diachrone Analysen notwendig, die auf der Basis der beiden replikativen Untersuchungen zwar im Prinzip möglich wären, aus Gründen des zusätzlichen Arbeitsaufwandes aber einer zukünftigen Auswertungsstudie vorbehalten werden sollen.

Literatur

Falter Jürgen W. / Schumann, Siegfried (1992): Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs. (In: Gabriel Oscar W. (Hrsg.) Die EG-Staaten im Vergleich, Westdeutscher Verlag Opladen, S. 192-219).

Fivaz, Jan / Schwarz Daniel (2004): Frauen in der Politik sehen manches anders. Tages Anzeiger 25. Sept., 10.

Filzmaier, Peter (2004): Bilanz des österreichischen Wahljahres. science@orf.at
<http://science.orf.at/science/filzmaier/131465>

Geser, Hans (1991): "Dealignment" oder neue Integrationsbereitschaft? Aktuelle Entwicklungstendenzen im Anhängerbestand schweizerischer Kommunalparteien. (Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 26, S. 233-272)

Golder, Lukas et. al. (2004): Die junge Schweiz hat mehr als zwei politische Gesichter. Die politische Einstellung der jungen Schweizer(innen). Gfs Bern.
http://www.soziotrends.ch/pub/junge_schweizerinnen.pdf

Jeitziner, Bruno / Hohl, Tobias (2000): Die Nationalräte auf einer Links-Rechts-Skala. Ein Rating anhand parlamentarischer Abstimmungen. Neue Zürcher Zeitung, 03.11. S. 15.

Longchamp, Claude (1998): Erosion und Erneuerung der Parteien im Konkordanzsystem Langfristige Trends in der Schweizer Politlandschaft. Neue Zürcher Zeitung ZEITFRAGEN Samstag, 24.10., Nr. 247 81.

Longchamp, Claude / Bieri, Urs (2001): Frauen und Männer als Stimmbürgerinnen: Was haben sie entschieden? Überblick über wesentliche Hauptergebnisse aus den VOX-Analysen eidg. Urnengänge.
<http://www.gfsbern.ch/gfs/gender.html>

Müller, F. E. (2000): Linke Statik und rechte Dynamik /Eine vertiefte Auswertung der eidgenössischen Wahlen von Neue Zürcher Zeitung, 05.02., S. 95.

Ogris, Günther (2000): Entwicklungen im österreichischen politischen System.
<http://www.univie.ac.at/OEGS-Kongress-2000/On-line-Publikation/ogris.pdf>

Oswald, Hans / Kuhn, Hans-Peter (2003): Erstwähler in den neuen Bundesländern. Aus Politik und Zeitgeschichte (B 15/2003) Bundeszentrale für politische Bildung.
http://www.bpb.de/publikationen/TFLANN,0,0,Erstw%E4hler_in_den_neuen_Bundesl%E4ndern.html

Pelletier, William T. (1996): Election Commentary. Nov.
<http://www.geocities.com/Heartland/Plains/4484/eleccom.htm>

Rouiller, Sébastien; Fivaz, Jan; Schwarz, Daniel; Waaijenberg, Albert (März 2004a): Der Einsatz der Online- Wahlhilfe smartvote bei den kantonalen Wahlen im Thurgau. Schlussbericht.
http://smartvote.ch/download/sv-Schlussbericht_TG_Maerz04_web.pdf

Rouiller, Sébastien; Fivaz, Jan; Schwarz, Daniel; Waaijenberg, Albert (März 2004b): Der Einsatz der Online- Wahlhilfe smartvote bei den kantonalen Wahlen im St. Gallen. Schlussbericht.
http://smartvote.ch/download/sv-Schlussbericht_SG_Maerz04_web.pdf

Seitz, Werner (2000): Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999: «Eine Mehrheit in der Minderheit», in B-Post. Nachrichten von der kleineren Hälfte, hg. von der Stiftung Märtplatz, Freienstein, S. 4-7.

VOX-Analyse der Wahlen 1979 bis 1991, selects 1995, Bundesamt für Statistik, „SRG SSR Wahlnachbefragung 99, erstellt durch das GfS-Forschungsinstitut“